

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP - 30. Sitzung

am Mittwoch, dem 14. Februar 2007, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Niclas Herbst (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Monika Schwalm (CDU)

in Vertretung von Susanne Herold

Manfred Ritzek (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Hans Müller (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor im deutsch-dänischen Grenzland“	4
a) Vorstellung des Projekts	
Berichterstatter: LP Martin Kayenburg	
b) Information über die EURAC in Bozen - Darstellung des Arbeitsplans und des Zeitschemas	5
Berichterstatterin: Dr. Tove Malloy, EURAC, Bozen	
c) Konzept für eine Anhörung junger Führungskräfte aus der deutsch-dänischen Grenzregion	6
Berichterstatter: Abg. Rolf Fischer	
2. Präsentation der Aktivitäten der Nordelbischen Kirche im Ostseeraum (Kaliningrad, Baltikum)	7
Berichterstatter: Wolfgang Vogelmann, Dezernent für Mission, Ökumene, Entwicklungsdienst und Diakonie	
Heike Spiegelberg, Pastorin im Seemannspfarramt der Nordelbischen Kirche	
3. Bürgeranhörung	9
4. Verschiedenes	11

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor im deutsch-dänischen Grenzland“

a) Vorstellung des Projekts

Berichterstatter: LP Martin Kayenburg

LP Kayenburg führt zum Hintergrund der in Auftraggabe der Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor im deutsch-dänischen Grenzland“ unter anderem aus, die gegenwärtigen und künftigen Veränderungen der Regionalstruktur in Dänemark und Schleswig-Holstein und der damit einhergehende politische, wirtschaftliche und soziokulturelle Wandel verlange nach einem modernen und zukunftsfähigen Profil für die deutsch-dänische Grenzregion. Während Wirtschafts- und Sozialstrukturuntersuchungen bereits vorlägen, sei ein gesellschaftspolitisches Leitbild für die Grenzregion noch nicht vorhanden. Mit der vom Landtag in Auftrag gegebenen wissenschaftlichen Studie werde deshalb versucht, anhand der regionsspezifischen Besonderheiten im deutsch-dänischen Grenzland einen möglichen sprachlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Mehrwert der Minderheiten für die Mehrheitsbevölkerung aufzuspüren, zu überprüfen und zu analysieren. Auf dieser Grundlage könne dann ein modernes, zukunftsfähiges Regionsprofil entwickelt werden, um das Profil der Landesteile Nord- und Südschleswig zu schärfen.

Als zusätzlichen positiven Effekt nennt LP Kayenburg die mögliche Profilierung der deutsch-dänischen Grenzregion auf europäischer Ebene im Zusammenhang mit der neuen Programmplanungsperiode für die INTERREG-Programme. Es sei zu erwarten, dass die Kompetenzanalyse auch prüfe und feststelle, inwieweit kulturelle und wirtschaftliche Aspekte der Minderheiten und Volksgruppen bei der Vergabe von INTERREG-Mittel relevant seien. In einem zweiten Schritt könnten die Ergebnisse der Kompetenzanalyse dann eventuell in einem grenzüberschreitenden INTERREG-Projekt umgesetzt werden.

Zum Hintergrund der Vergabe des Auftrags der Erstellung der Kompetenzanalyse an das Institut EURAC berichtet er, der Landtag habe sich hierbei der minderheitenpolitischen Kompetenz des DialogForumNorden (DFN) bedient, dass auch als Ansprechpartner und Rückkopplungsgremiums während der Erarbeitung der Studie zur Verfügung stehe. Er verweist auf das

der Ausschreibung zugrunde liegende Anforderungsprofil, das den Ausschussmitgliedern vorliege. Die unter Einbeziehung von insgesamt 13 Instituten erfolgte Ausschreibung habe lediglich zu vier Rückmeldungen geführt. Nach Prüfung dieser Rückmeldungen habe das DFN den Vorschlag für die Auftragsvergabe an die Europäische Akademie (EURAC) gemacht, dem der Landtag auch gefolgt sei.

LP Kayenburg stellt sodann Frau Dr. Tove Malloy, die Projektleiterin der Studie von der EURAC vor. Es werde während Ihres Aufenthalts in den nächsten Tagen schon erste Treffen mit Vertretern der vier Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein und Dänemark, Mitgliedern der Grenzvereine sowie Professoren und Leitern von grenzüberschreitenden Studiengängen der Universitäten geben. Im Mai dieses Jahres sei dann die Vorlage eines Zwischenberichts vorgesehen, der dem Nordschleswig- und dem Friesengremium sowie dem Europa-, dem Bildungs-, und dem Wirtschaftsausschuss des Landtages zur Beratung zugeleitet werden solle. Mit dem Abschluss der Studie werde gegen Ende des Jahres gerechnet. Das sei insgesamt gesehen ein sehr ehrgeiziger Zeitplan, er gehe jedoch davon aus, dass dieser eingehalten werden könne.

Zusammenfassend stellt LP Kayenburg fest, dass mit dem Projekt Neuland betreten werde. Er hoffe, dass ein wegweisendes Ergebnis erzielt werden könne, um gewissermaßen einen „Leuchtturm“ der Minderheitenpolitik daraus entwickeln zu können. Über eine öffentliche Präsentation des Ergebnisses der Studie und der sich eventuell aus der Studie ergebenden Umsetzungsvorschläge werde man sich dann zur gegebenen Zeit unterhalten müssen. Er freue sich jedenfalls, dass mit der Europäischen Akademie Bozen ein kompetenter Partner gefunden worden sei, der einerseits genügend Distanz habe, andererseits aber auch hinreichende Problemnähe in Person von Frau Dr. Malloy als Dänin und ehemalige Mitarbeiterin des ECMI in Flensburg aufweise.

b) Information über die EURAC in Bozen - Darstellung des Arbeitsplans und des Zeitschemas

Berichterstatteerin: Dr. Tove Malloy, EURAC, Bozen

(hierzu: Anlage 1 zu dieser Niederschrift)

Frau Dr. Malloy stellt kurz die Organisation der Europäischen Akademie EURAC in Bozen vor und geht anhand eines Power-Point-Vortrags (Anlage 1 zu dieser Niederschrift) auf die Strategie, den Arbeitsplan und das Zeitschema für die Erstellung der Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor im deutsch-dänischen Grenzland“ ein.

c) Konzept für eine Anhörung junger Führungskräfte aus der deutsch-dänischen Grenzregion

Berichterstatter: Abg. Rolf Fischer

Abg. Fischer berichtet über das letzte Treffen des DialogForumsNorden, bei dem unter anderem über die Vergabe der Kompetenzanalyse gesprochen worden sei. Dabei sei die Idee angesprochen worden, auch Gruppen in die Kompetenzanalyse einzubeziehen, die auf den ersten Blick mit Minderheiten nicht direkt etwas zu tun hätten, zum Beispiel Wirtschaftsuniere, die für das Image und das Profil einer Region eine besondere Rolle spielten. Daraus sei die Idee entwickelt worden, eine Anhörung durch den Europaausschuss, Wirtschaftsausschuss und Bildungsausschuss des Landtages von jungen Führungskräften aus der deutsch-dänischen Grenzregion durchzuführen. Diese Anhörung könne man mit der Entgegennahme des Zwischenberichts von Frau Dr. Malloy in einer gemeinsamen Sitzung der drei Ausschüsse kombinieren, sodass mit den jungen Führungskräften zugleich auch über den Zwischenbericht diskutiert werden könne. Für die Anhörung biete sich deshalb als Zeitpunkt ein Sitzungstermin im Mai an, da zu diesem Zeitpunkt auch die Vorlage des Zwischenberichts angestrebt werde.

In der anschließenden Aussprache erklärt Frau Dr. Malloy im Zusammenhang mit einer Frage von Abg. Ritzek, dass Schleswig-Holstein mit diesem Projekt Neuland betreue, vergleichbare andere Projekte im Zusammenhang mit Minderheiten in anderen Regionen gebe es noch nicht.

Abg. Spoorendonk unterstützt diese Einschätzung und macht deutlich, dass das Verständnis von Minderheitenpolitik im Land Schleswig-Holstein ein ganz besonderes sei, dass jedoch auch immer wieder einem Wandel unterliege.

Abg. Höfs stellt das Einverständnis der Ausschussmitglieder darüber fest, im Mai mit der Vorlage des Zwischenberichts zu der Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor im deutsch-dänischen Grenzland“ auch eine Anhörung junger Führungskräfte aus der deutsch-dänischen Grenzregion durchzuführen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Präsentation der Aktivitäten der Nordelbischen Kirche im Ostseeraum
(Kaliningrad, Baltikum)**

Berichterstatter: Wolfgang Vogelmann, Dezernent für Mission, Ökumene, Entwicklungsdienst und Diakonie

Heike Spiegelberg, Pastorin im Seemannspfarramt der Nordelbischen Kirche

(hierzu: Anlage 2 zu dieser Niederschrift)

Herr Vogelmann, Dezernent für Mission, Ökumene, Entwicklungsdienst und Diakonie bei der Nordelbischen Kirche, stellt kurz die Aktivitäten der Nordelbischen Kirche im Ostseeraum vor (Anlage 2 zu dieser Niederschrift).

Frau Spiegelberg informiert anschließend über das Projekt „Carl-Blum-Haus“, ein Altenheim im Kaliningrader Gebiet, das von der Nordelbischen Kirche eingerichtet worden sei. Einleitend beschreibt sie kurz den historischen und sozialen Hintergrund der ländlichen Region, die innerhalb Russlands zu den ärmsten Regionen gehöre. Das Spezifikum der Arbeit der lutherischen Gemeinden in der Region bestehe darin, die Menschen aufzusuchen, ihnen Lebenshilfe und Unterstützung in der sich wandelnden Zeit zu geben und an einem Verständnis des Miteinanders von Zivilgesellschaft und Staat mitzuwirken. Neben der Betreuung von diakonischen Einrichtungen in Kaliningrad selbst, zum Beispiel einem Kinderheim, stehe zurzeit das Projekt des „Carl-Blum-Hauses“ im Mittelpunkt. Im Zusammenhang mit der Einrichtung des Altenheimes, den dafür notwendigen Renovierungsarbeiten und Genehmigungen, sei es gelungen, ein freundliches Verhältnis zwischen den staatlichen Behörden und der Kirche herzustellen. Das Altenheim sei inzwischen eröffnet worden und die Bewohnerinnen und Bewohner seien eingezogen. Die Kirche werde jetzt versuchen, die umgerechnet etwa 3.000 € pro Jahr pro Bewohner für die Betreuung durch ein Patenschaftsmodell sicherzustellen.

Abschließend berichtet Frau Spiegelberg noch über erste Gespräche für eine von den Kirchen vor Ort ökumenisch initiierte Betreuung von Seeleuten in den großen Häfen in der Region Kaliningrad.

Außerdem zeigt sie Bilder aus der Region Kaliningrad, insbesondere von den von der Nordelbischen Kirche betreuten diakonischen Einrichtungen.

Herr von Plüskow, Mitglied im Förderverein des „Carl-Blum-Hauses“, betont, dieses erste Altenheim in der Region habe einen hohen Symbolwert für die ländliche Region, die sozial ausgeblutet sei. Obwohl die Stadt Kaliningrad boome, passiere auf dem Land weiterhin nichts. Er richtet an den Europaausschuss die Bitte, zu überlegen, ob er – eventuell gemeinsam mit dem Sozialausschuss - eine Patenschaft für einen Pflegeplatz in dem Heim übernehmen wolle.

LP Kayenburg berichtet über ein Gespräch mit dem deutschen Generalkonsul in Kaliningrad, in dem dieser Kaliningrad immer wieder als Boomtown beschrieben habe, als eine Stadt, in der die Situation deutlich besser sei als noch vor einiger Zeit.

Zur wirtschaftlichen Situation in Kaliningrad stellt Frau Spiegelberg fest, die Stadt Kaliningrad boome tatsächlich. Die Kirche habe jedoch mehr mit dem ländlichen Raum und mit denen zu tun, die von dieser Entwicklung noch nicht profitiert hätten.

Abg. Höfs bestätigt aufgrund eigener Besuche in der Region, dass die Entwicklung der Stadt Königsberg auf dem Land noch keine Spuren hinterlassen habe. Dort herrsche noch große Armut.

Abg. Ritzek empfiehlt, Kontakt zum Deutschen Haus in Königsberg aufzunehmen, das sehr aktiv sei. Er möchte wissen, ob es Überlegungen gebe, in den drei baltischen Staaten und Kaliningrad eine Art Kirchentag abzuhalten, um die dort tätigen Kirchen einander näher zu bringen. – Herr Vogelmann erklärt, diese Anregung nehme er gern auf, für den Jugendbereich sei so etwas auch schon initiiert worden. Er sehe jedoch keine Möglichkeit, einen ökumenischen Kirchentag auf die Beine zu stellen, da es insbesondere in Litauen auf der katholischen Seite noch erhebliche Vorbehalte gegen diese Entwicklung gebe. Man könne jedoch über eine Art regionalen Kirchentag im Ostseeraum nachdenken.

Abg. Matthiessen begrüßt das Engagement der Kirche in der Region und möchte wissen, welche Rolle die Kirche statistisch gesehen für die Menschen in der Region spiele. – Herr Vogelmann antwortet, das variere von Land zu Land, eine genaue Statistik reiche er gern nach. Festzustellen sei, dass einerseits in allen dieser Länder eine Missionssituation herrsche andererseits die Kirche bisher die einzige starke nichtstaatliche Organisation in diesen Ländern sei.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bürgeranhörung

Abg. Höfs berichtet über das Vorgespräch mit den Sprechern der Fraktionen und dem Landtagspräsidenten über die Durchführung der vom Ausschuss geplanten Bürgeranhörung. Man habe sich darauf verständigt, eine Anhörung durchzuführen, die mehr als eine normale Anhörung eines Parlamentsausschusses sei. Hierauf aufbauend habe das Europareferat des Landtages das als Tischvorlage vorliegende Konzept für eine Veranstaltung erarbeitet. Terminvorschlag sei der 6. Juli 2007.

LP Kayenburg bemerkt, seiner Erinnerung nach habe man sich darauf verständigt, auf den Fragebogen der Europa-Union zurückzugreifen. Das bedeute für ihn, dass die Europa-Union einen Fragebogen erarbeite, ihn herausgebe und auch auswerte und sich der Landtag in der Konsequenz daraus auch an den Kosten nicht beteilige.

Abg. Spoorendonk zeigt sich überrascht, über das Problem. Die Europa-Union habe sich bereit erklärt, den Landtag bei der Bürgeranhörung, die aus Kostengründen auf eine Fragebogenaktion reduziert worden sei, zu unterstützen. Man könne deshalb nicht sagen, dass der Fragebogen allein eine Angelegenheit der Europa-Union sei.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, betont ebenfalls, dass die Durchführung der gesamten Anhörung Sache des Landtages sei. Auch für sie sei die Durchführung der Fragebogenaktion ein Teil der Bürgeranhörung und damit nicht ausschließlich Sache der Europa-Union.

Abg. Fischer stellt fest, dass der Ablauf, der auf dem Entwurf der Landtagsverwaltung für die Veranstaltung vorgesehen sei, dass widerspiegele, was im kleineren Kreis besprochen worden sei. Damit habe er kein Problem. Es bleibe also allein die Rolle des Fragebogens zu klären.

LP Kayenburg bestätigt, dass man sich darauf geeinigt habe, dass die Europa-Union den Fragebogen verteile, er aber auch im Landeshaus ausgelegt werden könne. Die ganze Aktion solle auch nicht an den im Konzept vorgesehenen 650 € für die Herstellung der Fragebögen scheitern. Für ihn sei jedoch wichtig, dass ein Fragebogen, dessen Initiator offiziell der Landtag sei, auch Hand und Fuß habe. Der im Entwurf enthaltene Fragebogen erfülle diese Anforderungen seiner Meinung nach nicht.

Abg. Höfs weist darauf hin, dass ein wissenschaftlich begleiteter Fragebogen aufgrund der vorhandenen finanziellen Möglichkeiten nicht in Frage gekommen sei, deshalb habe man versucht, selbst Fragen zu formulieren.

Abg. Spoorendonk hält es für problematisch, dass der Landtag einen Antrag beschließe, mit dem er eine Bürgeranhörung fordere, der Landtagspräsident hierzu aber eine andere Position einnehme. Unabhängig davon schlage sie vor, eine Umformulierung der Fragen vorzunehmen, wenn diese als problematisch angesehen würden.

Abg. Herbst stellt fest, dass der Fragebogen ein allgemeiner Europafragebogen sei, jedoch die Fragestellung, die in dem beschlossenen interfraktionellen Antrag angesprochen werde, nicht adäquat wiedergebe. Deshalb unterstütze er den Vorschlag, sich die Fragen noch einmal anzusehen und sie gegebenenfalls umzuformulieren.

Abg. Matthiessen schlägt vor, dass sich die Sprecher der Fraktionen am Rande der nächsten Plenartagung zusammensetzen und über eine Änderung der Fragen nachdenken sollten.

Abg. Fischer stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu und schlägt vor, in der heutigen Ausschusssitzung den ersten und dritten Teil des vorgelegten Entwurfs für die Veranstaltung einer Bürgeranhörung zur Zukunft Europas am 6. Juli 2007 zu genehmigen und den Fragebogen noch einmal zu überarbeiten.

LP Kayenburg erklärt sich ebenfalls mit dem ersten und dritten Teil des Veranstaltungsentwurfs einverstanden. Auch über die 650 € für den Fragebogen könne man noch einmal reden. Von ihm aus sei die Finanzierung durch den Landtag kein Problem. Er sei jedoch nach wie vor der Auffassung, dass der Fragebogen als Fragebogen der Europa-Union verteilt und beantwortet werden sollte.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, stellt das Einvernehmen des Ausschusses über den ersten und dritten Teil der Veranstaltungsplanung für eine Bürgeranhörung zur Zukunft Europas am 6. Juli 2007 im Schleswig-Holsteinischen Landtag auf der Grundlage des Entwurfs des Europareferats vom 13. Februar 2007 fest. Als Termin für ein Treffen der Sprecher der Fraktionen zur Überarbeitung des Fragebogens wird Mittwoch, der 21. Februar 2007, in der Mittagspause des Landtages, verabredet.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg Fischer erinnert an die Inaussichtnahme der Durchführung einer Anhörung zur Nordsee-kooperation und bittet um Vorbereitung und Terminvorschlag.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 12:35 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin

Die NEK im Ostseeraum

Die NEK versteht sich als Teil des europäischen Ganzen

- Die NEK und die Diakonischen Werke (DW's) Hamburg und Schleswig-Holstein nehmen im Auftrag der EKD, des Diakonischen Werkes der EKD und des Lutherischen Weltbundes (LWB/DNK) die Beziehungen zu den lutherischen Kirchen und den Diakonien in der Ostseeregion (Region Baltic Sea) koordinierend wahr.
- Sie versteht sich als Landeskirche im Norden Deutschlands - am Ufer der Ost- und der Nordsee und in Nachbarschaft zu Skandinavien und anderen Ostseeanrainerstaaten sowie England – auch als Kirche im Norden Europas und begreift sich strategisch innerhalb dieser Gemeinschaft von Nachbarkirchen in Nordeuropa. Sie und die Nachbarkirchen sind gemeinsam zu Zeugnis und Dienst in ihren Gesellschaften aufgerufen. Dies geschieht zusammen mit der VELKD, EKD und KEK und weiteren ökumenischen Zusammenschlüssen. Die Beziehungen zu den baltischen Kirchen sind eingebunden in den Kontakt zu England, Niederlanden und Skandinavien.

Gegenwärtiger Problemmix:

- Die Nachbarkirchen befinden sich in permanenten Anpassungsprozessen an sich rasant wandelnde gesellschaftliche Verhältnisse und fühlen sich durch Säkularisierung, Individualismus, Traditionsabbruch und Wertewandel und durch die von der europäischen Einigung hervorgerufenen dynamischen Veränderungen herausgefordert. Auf Probleme der Globalisierung, des wirtschaftlichen und sozialen Wandels, des Arbeitsmarktes, der Migration und Marginalisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen müssen gemeinsam mit den Nachbarkirchen Antworten gefunden werden.
- Die Stimme der Kirchen gegenüber europäischen Institutionen und innerhalb Europas sollte deutlicher vernehmbar werden.

Strategische Aufgaben:

1. **Versöhnung:** Die Nachwirkungen des 2. Weltkrieges sind auch heute noch spürbar. Daher bleibt die Aussöhnung mit den Völkern, die unter Nazi-Deutschland gelitten haben, und mit den Angehörigen des jüdischen Glaubens eine wichtige Aufgabe der NEK. Dazu gehört auch die Aufarbeitung der jeweils eigenen Geschichte und eigenen Verantwortung. Versöhnung bleibt für die Beziehungen zur Anglikanischen Kirche, nach Holland und Dänemark, ins Baltikum und nach Russland von hoher Bedeutung.

2. **Kontakt zwischen Ost und West (Orthodoxe):** Die unterschiedlichen kulturellen und geistigen Traditionen zwischen Ost- und Westeuropa begegnen sich besonders intensiv im Baltikum. Die orthodoxen Kirchen prägen neben lutherischer und römischer Kirche die Gesellschaften. Das Schisma zwischen lateinischer und byzantinischer Kirche bestimmt auch heute noch die Ökumene in Osteuropa. Für die NEK liegt hier eine besondere Chance und Herausforderung für Dialog und Lernen. Ein besonderes Spannungsfeld sind die unterschiedlichen Wertvorstellungen.

In den eher orthodox geprägten Milieus treffen wir auf eine zum Teil heftige Kritik an Materialismus und Relativismus des europäischen Westens.

3. Zivilgesellschaft stärken: Die NEK sieht es als eine zentrale Aufgabe bei der Zusammenarbeit mit den Kirchen, die vielen entstehenden Initiativen in den Bereichen Soziales, Kultur und Umwelt zu stärken.

Die NEK engagiert sich besonders in den Bereichen

Diakonie: Aufbau von Fortbildung, Projektbezogene Förderung, Diakoniezentren, Pflegestationen auf dem Lande,

Jugend: Aufbau des Jugendnetzwerkes Bien (Baltic intercultural and ecumenical network), Jugendarbeit in Gemeinden

Umwelt: Umweltstiftung, Bread and Fish, lokale Initiativen

Frauen: Zusammenarbeit mit dem Frauenwerk, Bildungsarbeit, Probleme der Zwangsprostitution

Die NEK leistet einen wesentlichen finanziellen Beitrag bei:

Kirchbau / Denkmalschutz: Wiederaufbau von Kirchen (z. B. Johanniskirche Tartu)

Personalfonds: Garantie eines Mindestverdienstes für Pastorinnen und Pastoren sowie kirchliche Mitarbeiter (4,5Mio EUR), Aufbau einer Immobilienvermarktung, Transparenz der Finanzen

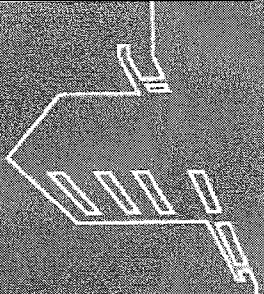
Bildung: Ausbildung und Austausch der theologischen Fakultäten; Fortbildung für kirchliche Mitarbeiter, Qualitätssicherung,

Kultur: Austausch von Chören, Theater und Kirchenmusik

Wolfgang Vogelmann, 14. 02. 2007

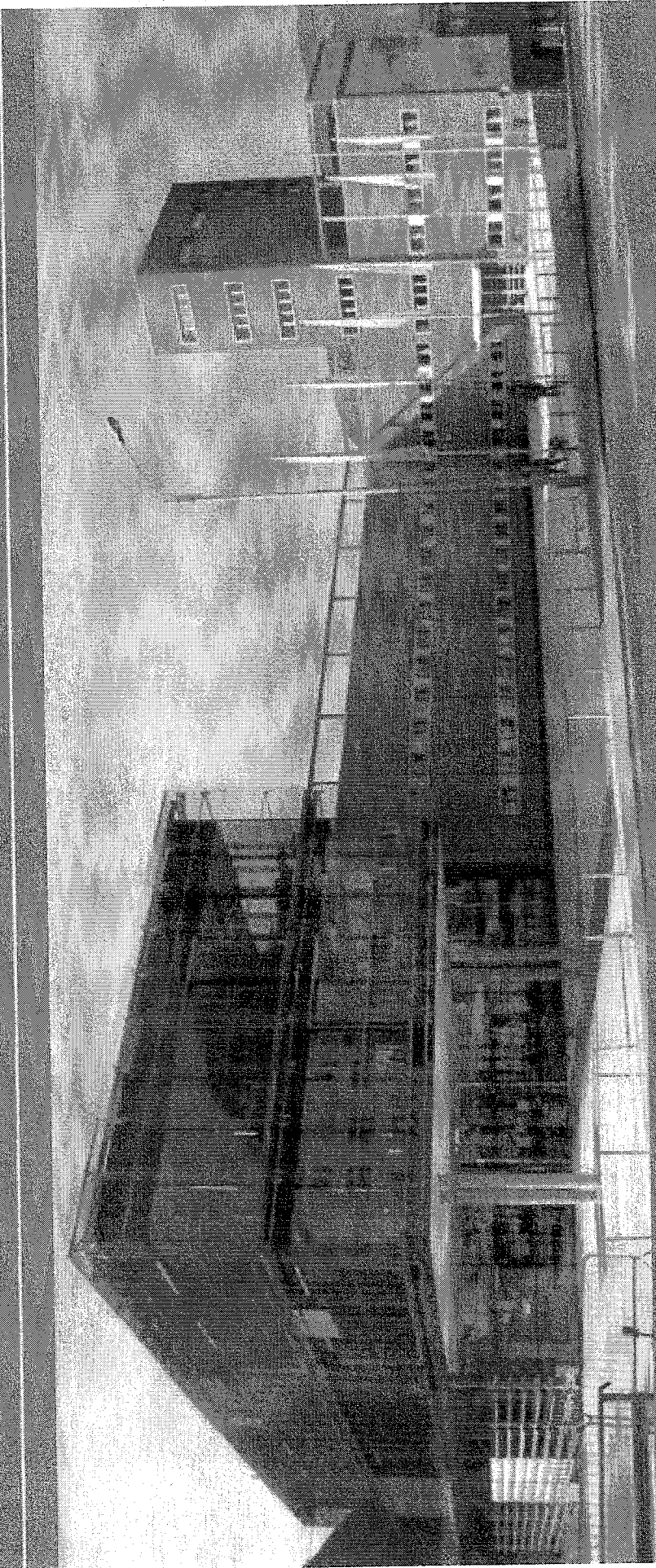
Kompetenz-Analyse:
Minderheiten als Standortfaktor im
deutsch-dänischen Grenzland

2007



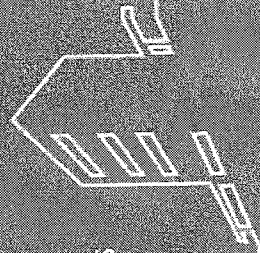
EURAC

Research
Center



Institut für Minderheitenrecht in Kooperation mit

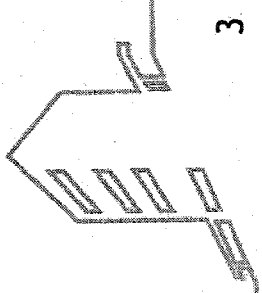
dem Institut für Regionalentwicklung und Standortmanagement, EURAC, Bozen
and European Institute of Public Administration-European Centre for the Regions
(EIPA-ECR), Barcelona.



Existenz der Minderheiten als MEHRWERT in Bezug auf kulturelle und regionale Entwicklung der Grenzregion

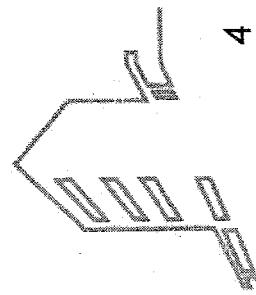
Tove Malloy

14. Februar 2007



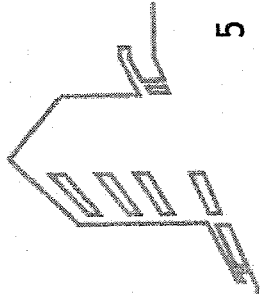
Ziele der Entwicklungsstrategie

- Die Rolle der Minderheiten aufzuzeigen und den sprachlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Mehrwert der Minderheiten deutlich zu machen,
- Aufzuzeigen wie die Minderheitenkompetenz im Grenzland die gemeinsamen Entwicklungsstrategien fördern kann,
- Wissensvermittlung und Bewusstseinsbildung in der Mehrheitsbevölkerung zu schaffen,
- Minderheitenpolitik als Aufgabe aller Ebenen zu definieren, und
- Ein Image aufzubauen das die deutsch-dänische Grenzregion in Europa profiliert.



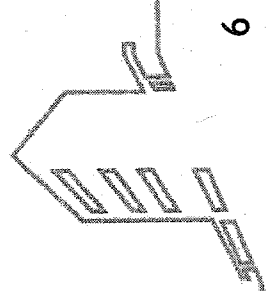
Mehreren Ebenen

- Regionale (Nord- und Südschleswig, deutsch-dänische Grenzregion, und Region Syddanmark und Schleswig-Holstein)
- Nationale (Dänemark und Deutschland)
- Europäische (EU, CoE, Ost- und Nordsee Kooperation)



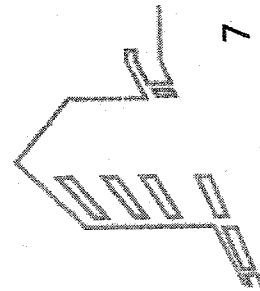
Bereiche

- Der Mehrwert der Minderheiten für die Mehrheitsbevölkerung.
- Ansätze für gemeinsame Entwicklungsstrategien von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung im deutsch-dänischen Grenzland.
- In Richtung ein neues Regionsprofil (Image) erarbeiten.



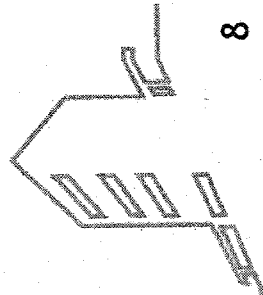
Gesellschaftliche Ebenen der Minderheiten

- Die politische Ebene,
- Die historische und kulturelle Ebene,
- Die wirtschaftliche Ebene;



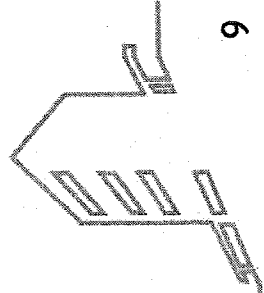
Erwartungen

1. Die vertretenen Grundpositionen zu überprüfen,
2. Zielvorgaben zu definieren, und
3. Handlungsoptionen aufzuzeigen



New Regionalism

- Neue Bestimmung des Begriffes ‚Territorium‘
- Dynamische Rolle der Regionen
- Neue Mechanismen
- Identitäten und Solidarität mit dem heimatlichen Gebiet
- Neue Bewertung der Minderheiten
- Minderheiten betreten die internationale Ebene
- Debatten und Entscheidungsprozesse beeinflussen
- Regionale Wettbewerbsvorteile
- Labor der regionalpolitischen Führungskräfte
- Einflussreichere Minderheiten
- Pluralistische Gesellschaften
- Entwicklungsstrategie als ein sehr leistungsfähiges Instrument
- Gemeinschaftliche Aktion



Regionale Identitäten

Der konservative Typ

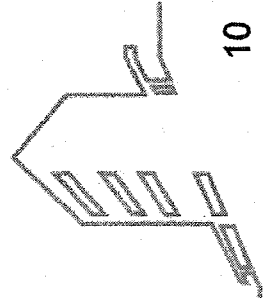
Der Bourgeois-Typ

Das progressive Regionsprofil

Der staatenlose Nation

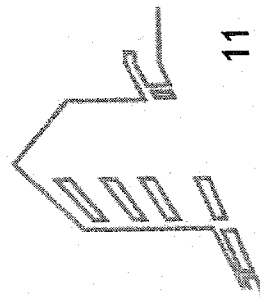
Tove Malloy

14. Februar 2007



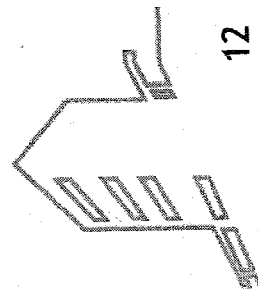
Annahmen

- Kultur wird gestaltet und von Eliten instrumentalisiert,
- Kultur als Wirtschaftsfaktor des Standorts,
- Kultur und Identität sind Mittel zum Aufbau der Gesellschaft,
- Kultur ist ein inter-subjektiver Wert,
- Kulturleistung ist Gesellschaftsleistung,
- Kultur als Mittel zur Verständigung
- Kultur hat einen symbolischen Wert,
- Kultur ist Schöpfung und Erholung,
- Gebrauch von Kultur ist relevanter als Kultur selbst,
- Kultur ist eine Ressource - nicht nur ein Faktor.



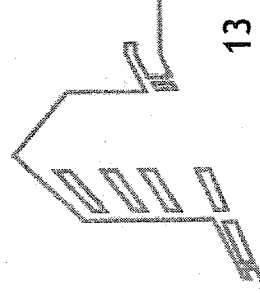
Kulturmodelle

- Kulturhegemonie,
- Kultur als Weltflucht,
- Kultur als Gestalter der Gesellschaft,



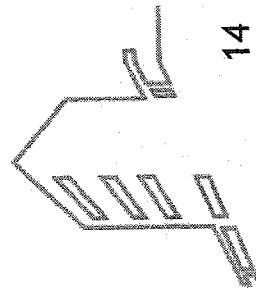
Gedankenverknüpfungen

- Kultur als Geschichte,
- Kultur als Stereotypisierung von Kollektiven,
- Kultur als Kooperation und Solidarität,
- Kultur als Klassenkonflikt,
- Kultur als Moderne.



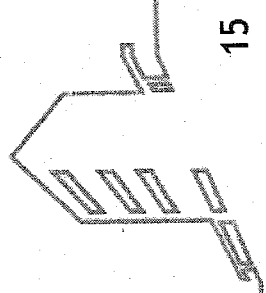
Regionen als Akteure

- Trend-setters,
- Offene Systeme mit freiem Zugang,
- Interessengruppen, Gesellschaftsbewegungen, und NGOs,
- Kulturgruppen und Minderheiten,
- Auslandsbeziehungen.



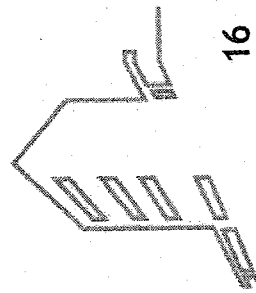
Auslandsbeziehungen

- Die Region auf der Ebene der Europäischen Integration,
- Nationalpolitische Wege,
- Die Verwaltung in Brüssel,
- Beiräte,
- Öffentliche Paradiplomatie,
- Interregionale Zusammenarbeit.



Methodologie

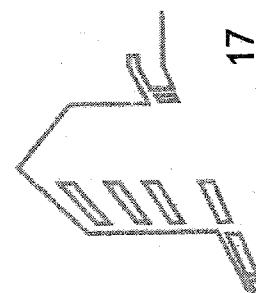
- Die Institutionen von Minderheiten,
- Die politischen und gesellschaftlichen Systeme der Grenzregion,
- Internationale Institutionen und Programme,
- Einfluss der Minderheiten auf allen Ebenen.



Plan die Studie

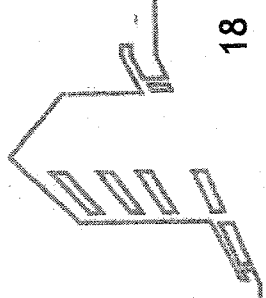
h = o plan

1. Mapping und Datenerfassung,
2. Analysen und Prüfungen,
3. Handlungsoptionen definieren, und
4. Konzipierung Bericht



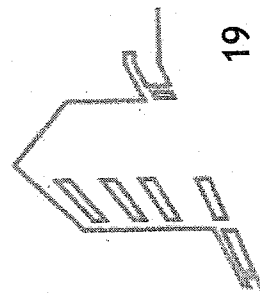
Mapping

- Minderheit und ihre gemeinschaftliche Geschichte in der Grenzregion,
- Politischer Einfluss,
- Kultureller Einfluss,
- Bildungseinfluss,
- Sozialer Beitrag,
- Wirtschaftlicher und touristischer Beitrag.



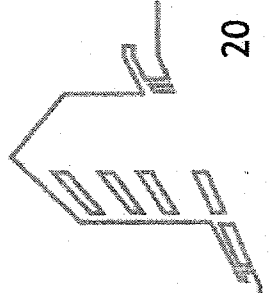
Analysen und Prüfungen

- Beitrag der Minderheiten zum inter-kulturellen Dialog,
- Einfluss der Minderheiten auf den Kulturtourismus,
- Beitrag der Minderheiten zur Entwicklung des regionalen Profils,
- Beitrag der Minderheiten zur Förderung der Euroregion,
- Beitrag der Minderheiten zur EU-Integration.



Terminplan

1. Mapping und Datenerfassung (bis Ende Juni),
2. Analysen und Prüfungen (bis Ende September),
3. Handlungsoptionen definieren (Oktober),
4. Konzipierung (Oktober und November)
5. Übersetzung und Vorlegung (Dezember)



Projektteam

- Tove Malloy (Politologin und Minderheitenrechtlerin)
- Alexander Heichlinger (Experte Regionale Europas)
- Harald Pechlaner (Experte Regionale Tourismusentwicklung)
- Eva Teglas (Expertin Tourismusentwicklung)
- Günther Rautz (Experte Minderheitenmedien)
- Gabriel von Toggenburg (EU-Rechtler)
- Alice Engl (Expertin Euroregionen)
- Karina Zabielska (Doktorandin Minderheitenrechte)

